

Anhang zum Adreßbuch 1911.

Ortsgesetz der Stadt Chemnitz, Anordnungen

des Rates und des Polizeiamtes und sonstige ortsgesetzliche Bestimmungen und Einrichtungen der Stadt.

a. I. Ortsgesetz der Stadt Chemnitz vom 14. April 1899. (Veröffentl. im Tagebl. am 3. Mai 1899.)

I. Vom Stadtgemeindebezirke. (Rev. St.-D. Abt. I.)

§ 1. (In der Fassung des X. Nachtrags zum Ortsgesetz vom 24. 1. 07.) Der Stadtgemeindebezirk wird begrenzt

a. gegen Osten
von den Fluren des Dorfes Ebersdorf, dem königlichen Zeisigwalde, den Fluren der Dörfer Niederhermersdorf, Reichenhain und Erfenschlag,

b. gegen Süden
von den Fluren der Dörfer Harthau und Markersdorf,

c. gegen Westen
von den Fluren der Dörfer Markersdorf, Helbersdorf,*) Schönau und Rottluff,

d. gegen Norden
von den Fluren der Dörfer Borna, Furth und Ebersdorf, und umfaßt außer der einem fortschreitenden Anbau unterworfenen Stadtflur den städtischen Zeisigwald mit Schöffersholz und den Rüdowald mit Grimmitzauer Wald (§ 6 der rev. St.-D.).

II. Vom Gemeindevermögen. (Rev. St.-D. Abt. II.)

§ 2. Das Stammvermögen der Stadt Chemnitz ergibt sich aus dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Hauptverzeichnisse samt Nachträgen bez. aus der bei dem Rate hierüber geführten Rechnung. (§ 9 der rev. St.-D.)

III. Von den Gemeindeleistungen. (Rev. St.-D. Abt. IV.)

§ 3. Unter der allgemeinen Bezeichnung „Grundzins“ werden verschiedene Grundstücksabgaben, als Wasserzins, Erbzins, Thiele'sche Zinsen und Zehnten erhoben. Die unter dem Namen „Geschoß“ bisher bestehende Abgabe wird nicht mehr erhoben.

§ 4. In soweit die in § 3 erwähnten Abgaben in Verbindung mit den Vermögensnutzungen der Stadtgemeinde den jährlichen Bedarf der letzteren nicht decken, erfolgt die Erhebung einer Klassensteuer nach

*) Verändert durch die Einbeziehung von Helbersdorf.

Maßgabe des Regulativs vom 23. November 1876 sowie der Nachträge zu letzterem. *)

IV. Von der Gemeindeverwaltung. (Rev. St.-D. Abt. V.)

A. Von den Stadtverordneten.

§ 5. Die Zahl der Stadtverordneten wird auf 57 festgesetzt (§ 39 der rev. St.-D.).

§ 6. Von den Stadtverordneten müssen 30 mit Wohnhäusern im Gemeindebezirke ansässig, 27 unansässige Bürger der Stadt sein. Unansässige Bürger werden bei der Wahl den Ansässigen beigezählt, wenn und so lange ihre Ehefrauen oder in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder mit Wohnhäusern im Stadtbezirke ansässig sind.

Jeder Wechsel in Bezug auf die Ansässigkeit oder Unansässigkeit hat, außer in dem Falle des § 18, das Ausscheiden am Schlusse desjenigen Jahres zur Folge, in welchem das nächste Drittel ausscheidet.

§ 7 (rev. St.-D. § 42). Die Stadtverordneten werden, von den in § 18 erwähnten Ausnahmefällen abgesehen, auf sechs Jahre gewählt.

Aller zwei Jahre ist ein Drittel sowohl der ansässigen, wie der unansässigen Stadtverordneten durch Neuwahl zu ersetzen.

§ 8. Die Einführung der Gewählten erfolgt in öffentlicher Sitzung durch den Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreter und zwar regelmäßig innerhalb der ersten Woche des auf die Wahl folgenden Jahres. Kann letzteres ausnahmsweise nicht geschehen, so haben die ausscheidenden Mitglieder noch bis zur Einführung der Gewählten in Wirksamkeit zu verbleiben.

§ 9 (rev. St.-D. § 57). Zum Zwecke der Wahl werden die hier stimmberechtigten Bürger in die nachstehenden Abteilungen eingeteilt:

„Allgemeine Abteilung“ A bilden diejenigen, welche nicht zu einer der folgenden Abteilungen B—E Abs. 1 und 2 gehören, und zwar:

- A 1, soweit sie bis mit 1900 M.,
- A 2, " " mit über 1900 M. bis mit 2500 M. zur Staatseinkommensteuer eingeschätzt sind.

*) Ersetzt durch die Gemeindesteuer-Ordnung vom 20. 12. 06.